

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 1

Artikel: NW-Gespräch mit Ulrich Duchrow : für eine Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen
Autor: Duchrow, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143949>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für eine Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen

Wenn der Wettbewerb zum Gott gemacht und das Konkurrenzprinzip über alles gestellt wird, dann sägt sich die kapitalistisch orientierte Marktwirtschaft den Ast ab, auf dem sie selber sitzt. Diese Meinung vertritt Ulrich Duchrow, Theologe an der Universität Heidelberg und einer der Koordinatoren von KAIROS Europa. Duchrow belässt es aber nicht bei der Kritik, sondern zeigt auch Wege auf, wie durch den Aufbau von Bündnissen auf allen Ebenen der Weg zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie geebnet werden kann. Seine biblisch inspirierte Analyse und Strategie führt Duchrow weiter in seinem wichtigen Buch «Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie» (Gütersloher Verlagshaus, Main 1994, 316 Seiten, Fr. 29.80). Das Gespräch für die Neuen Wege führte Beat Baumgartner, Redaktor am «Wendekreis», wo auch eine Kurzfassung dieses Textes erscheint.

Red.

Ein deregulierter Markt führt in die Katastrophe

NW: Ulrich Duchrow, in Ihrem neusten Buch «Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft» bezeichnen Sie den Neoliberalismus als totalitäres, diktatorisches Gebilde. Ist diese Beurteilung nicht sehr hart?

Ulrich Duchrow: Ja, aber sie widerspiegelt die Realität. Bei uns herrscht bekanntlich die verbreitete Vorstellung, dass wir in Westeuropa eine *soziale Marktwirtschaft* haben. Warum diese heute mit totalitären Elementen durchsetzt ist, zeigt die historische Sicht: Die beiden Weltkriege und die grosse Weltwirtschaftskrise von 1929 beendeten die erste Zeit des klassischen Liberalismus. Damals erkannten die Menschen, dass ein sogenannt freier, deregulierter Markt in die Katastrophe führt; mit Kriegen, Zusammenbrüchen und der Vergrößerung der sozialen Unterschiede.

Es gab in der Folge Versuche, *Alternativen* zu diesem Szenario zu entwickeln, zum Beispiel den New Deal Roosevelts in den USA, den Beverage Plan in England und die soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Sie alle wollten politische Rahmenbedingungen aufstellen, unter denen

Märkte nicht mehr derart zerstörerisch wirkten. Dann wollten sie auch Gegenmechanismen schaffen gegen die Fehlentwicklungen des Marktes und gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Das heisst, wir hatten eine sozial regulierte Marktwirtschaft.

NW: Sie sagen, wir hatten...

Ulrich Duchrow: Ja, das funktionierte solange, wie man die Volkswirtschaften und Finanzmärkte national mit Zentralbanken und politischen Gesetzen regulieren konnte. Weil man aber nach der Neuordnung der Weltwirtschaft von 1944 in Bretton Woods nicht von vornherein eine internationale soziale Marktwirtschaft anpeilte, «*transnationalisierten*» sich die starken Finanz- und Kapitalmärkte zunehmend zu globalen Feldern mit globalen Akteuren, multinationalen Konzernen und transnationalen Geschäftsbanken. Auf diesen Märkten zählen heute ausschliesslich möglichst hohe, kurzfristig realisierbare Profite.

NW: Das Totalitäre am System ist demnach das Transnationale?

Ulrich Duchrow: Nein, nicht das Transnationale an sich. Hier geht es um die Funk-

tion des transnationalen, deregulierten, kapitalistischen Marktes, wo nur zählt, was in *Geldvermehrung* gemessen werden kann. Diese Kapitalmärkte wurden so gigantisch, dass sie heute praktisch die Lohnabhängigen aller Länder und die Regierungen gegeneinander ausspielen können.

NW: Der Neoliberalismus betrachtet ja das Geld als an sich wertneutral.

Ulrich Duchrow: Die Entstehungsgeschichte des Geldes zeigt eindeutig, dass es nie wertneutral war. Die erste Geldwirtschaft entsteht im Zusammenhang mit der Erhebung von *Tributen* (Zwangsabgaben) der Grossreiche. Das Geld hatte hier einerseits den Effekt, Tribute über das ganze Jahr hinweg und nicht nur während der Ernte erheben zu können. Dann ermöglichte es den Priestern des Tempels auch, auf rationelle Weise die Opfergaben einzuziehen und ein Wechselgeld bereitzuhalten für den Einkauf von Opfertieren.

Das Geld wurde aber auch als *Hortungsmittel* benutzt, vor allem wenn es aus Edelmetall bestand. Darum spricht Jesus angesichts der damaligen Geldwirtschaft immer dann von Mammon, wenn es um das Sammeln von Schätzen geht. Die Ansammlung von Geldmacht damals ist die Schatzsammelungs-Wirtschaft. Darin besteht die Differenz zum *Kapitalismus*: Hier sammelt man nicht die Schätze im Strumpf, sondern reinvestiert sie, um mit der nächsten Investition wieder mehr zu bekommen und den Gewinn wieder zu investieren usw.

Die transnationalen Finanzmärkte als Kern des Problems

NW: Zurück zu den transnationalen Finanzmärkten. Sie schreiben in ihrem Buch, dass diese Märkte fast nicht zu zähmen und zu beeinflussen sind. Das tönt sehr resigniert.

Ulrich Duchrow: Mit den gegenwärtigen Institutionen kann man sie nicht zähmen. Letztes Jahr führte ich mit KAIROS Europa in Brüssel ein Hearing durch. In den Diskussionen mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments stimmten alle –

auch jene, die andere Lösungen vorschlugen – darin überein, dass die transnationalen Finanzmärkte den Kern des Problems darstellen. Doch noch immer fehlen die Institutionen, um mit diesen Problemen fertig zu werden.

NW: Zur Zählung des transnationalen Kapitals braucht es demnach internationale Regelungen?

Ulrich Duchrow: Ja, es braucht *internationale Regelungsinstitutionen*. Dafür gibt es schon sehr viele positive Vorschläge. Doch bisher fehlte in den reichen Ländern der politische Druck, um die Regierungen zu zwingen, solche internationalen Abmachungen zu treffen. Wenn Kirchen oder einzelne Christinnen und Christen angesichts dieser Entwicklung Einspruch erheben, geben die Ökonomen bald einmal deutlich zu verstehen, dass ihre Kritiker von Wirtschaft nicht viel verstehen.

Alle Glaubenssysteme behaupten, die andern verstünden nichts von ihrem Glauben. Neuere Autoren weisen deutlich darauf hin, dass man bei der heutigen Ökonomie gar nicht mehr von Wissenschaft sprechen kann, sondern nur noch von *dogmatischen Glaubenssystemen*.

Der Neoliberalismus behauptet: Wenn ihr jetzt Opfer bringt, dann werdet ihr euch in absehbarer Zeit ökonomisch und sozial verbessern. Doch es gibt in der ganzen Welt kein einziges Beispiel, wo die Anwendung neoliberaler, angeblich wissenschaftlicher Prinzipien dazu geführt hätte, dass erstens die Wirtschaft gesundete, zweitens alle Menschen teilnehmen könnten am erwirtschafteten Reichtum und drittens dieses Wirtschaften auch ökologisch tragfähig wäre. Alle konkreten Studien zeigen, dass diese Formen der «Strukturanpassung» nur zu immer mehr Zerstörung der Natur führen und dabei immer grössere Teile der Bevölkerung verarmen.

Neue politische Kraft durch kommunale Bündnisse

NW: Sie geben in ihrem Buch Christen den Mut, auf der Basis der biblischen Botschaft

Einspruch zu erheben gegen solche Entwicklungen. Nun ist allerdings die biblische Zeit Israels und Jesu nicht mit der Gegenwart vergleichbar.

Ulrich Duchrow: Ja, das stimmt. Wir haben heute in unserer Gesellschaft eine Mischung von totalitären und politisch beeinflussbaren Elementen, in der eine *Doppelstrategie* nötig ist: Zuerst Verweigerung und Alternativen im Kleinen. Für die Kirche bedeutet das: sich zusammentun mit den Betroffenen, mit solidarischen Gruppen und Gewerkschaften. Doch damit kommen wir noch nicht an die Grosssysteme heran. Wir müssen uns andererseits auch in die Politik einmischen, um auf verschiedenen Ebenen zu intervenieren.

NW: Das heisst von der Gemeinde bis zu internationalen Institutionen?

Ulrich Duchrow: Ja, bloss Appelle an die schon bestehenden internationalen Institutionen, ihre Politik im globalen Sinne zu ändern, bringen nichts. Wir müssen ein mehrschichtiges politisches Intervenieren einüben. Eine solche Entwicklung hat nur dann Erfolg, wenn sich die Menschen *zuerst auf örtlicher Ebene* verbünden. Darum legen wir in KAIROS Europa ein so grosses Gewicht auf kommunale Bündnisse.

Ich denke da zum Beispiel an Bündnisse *gegen den Sozialabbau*, wo sich Arbeitslose, Emigranten, Obdachlose, Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen zusammenschliessen und sozialpolitisch aktiv werden. Das geschieht auf der Ebene der Gemeinden, aber auch national, in Deutschland etwa über die deutsche Armutskonferenz. Die Kirchen können auf der Ebene der Gemeinden ihre ganzen Erfahrungen des konziliaren Prozesses mit einbringen.

NW: Beginnen muss diese ganze Entwicklung demnach auf örtlicher Ebene?

Ulrich Duchrow: Ja, dort, wo die Menschen sich kennen und wo die sozialen Probleme immer brisanter werden. Die neue politische Kraft muss über die Gemeinden entstehen. Hier bietet sich eine

enorme Chance für *Kirchgemeinden und Pfarreien*, an Bündnissen teilzunehmen, um ihre biblischen Einsichten umzusetzen. Es ist keinesfalls so, dass man nur als Vertreter der oberen Etagen der Macht etwas ändern kann. Wir behaupten im Gegenteil: Die oberen Etagen der Macht sind so gefangen in den wirtschaftlichen Sachzwängen, dass sie von sich aus mit den vorhandenen Institutionen die Lage gar nicht ändern könnten, selbst wenn sie wollten.

Nur wenn an der *Basis* die Menschen sagen: «Wir arbeiten gemeinsam für eine andere Politik», erhalten die Politikerinnen und Politiker jenen Rückhalt und Freiraum, den sie benötigen, um national, auf europäischer Ebene und international die notwendigen Neuregulierungen zu schaffen.

Für eine soziale Marktwirtschaft auf Weltebene

NW: Auch als Kritiker des Neoliberalismus müssen Sie zugeben, dass er – trotz seinen zerstörerischen sozialen und ökologischen Folgen – im Moment noch funktioniert. Haben Sie denn eine politische Alternative zum jetzigen System?

Ulrich Duchrow: Zunächst einmal bestreite ich, dass der Neoliberalismus wirklich «funktioniert». Er «funktioniert» nur für eine immer kleiner werdende Gruppe. Für die *Mehrheit der Weltbevölkerung*, inzwischen wahrscheinlich über drei Viertel, funktioniert er eben massiv nicht. Und für die *zukünftigen Generationen* funktioniert er massiv nicht. Nur jene kleine Minderheit, die am Weltmarktgeschehen der Geldvermehrung teilnimmt, profitiert von ihm.

Die Alternative ist für mich nicht ein überholtes Rezept wie etwa eine Neuauflage der zentralistischen Planwirtschaft. Diese stellt – wie sich gezeigt hat – wegen der Konzentration der politischen Macht und der fehlenden wirtschaftlichen Flexibilität ein untaugliches Modell dar. Meine wirtschaftspolitische Alternative ist eine Mischung: Ihre *Grundbedürfnisse* müssen die Menschen soweit als möglich *örtlich und regional* decken. Es ist ein ökologischer und ökonomischer Unsinn, in der Schweiz

Milchprodukte aus Schleswig-Holstein zu verzehren. Doch der Weltmarkt funktioniert nun einmal so. Die Schweiz kann ihre eigenen Nahrungsmittel produzieren und selbstverständlich auch einen gewissen Anteil ihrer Produktion im internationalen Handel verkaufen. Wichtig ist, dass ein bestimmter Anteil der Produktion und der Verteilung für die Deckung der Grundbedürfnisse lokal, regional und zum Teil national angesiedelt sein muss. Darauf kann ein Land aufbauen und in den Weltmarkt und den internationalen Handel einsteigen.

Der internationale Handel aber muss so reguliert werden, dass nicht der Markt die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer macht. Dazu hat bereits 1944 Keynes in Bretton Woods gute Vorschläge im Sinne einer *internationalen, sozial regulierten Marktwirtschaft* entwickelt, die die UNO letztes Jahr um die Idee eines *Weltwirtschaftssicherheitsrates* ergänzte.

Zusammengefasst: Wir brauchen heute eine Demokratisierung der globalen Steuerung der Wirtschaft.

NW: Jene Instrumente, die den Kapitalismus auf nationaler Ebene zu zähmen versuchen, müssen analog auf internationaler Ebene aufgebaut werden?

Ulrich Duchrow: Richtig, doch das reicht nicht ganz. Wir können nicht einfach das Keynesche Modell wiederaufleben lassen, weil es auf grösstmögliches Wachstum ausgerichtet war. Es muss um die *ökologische Perspektive* ergänzt werden. Wir müssen gleichzeitig in den Bereichen Konsum, Produktion und öffentliche Finanzen ökologisch umsteuern. Wir brauchen zusätzlich zu den sozialen Komponenten einer regulierten Marktwirtschaft ökologische Regelungsinstrumente.

Mit Kooperationsstrukturen das Grundprinzip des Kapitalismus durchbrechen

NW: Sie betonen immer wieder die Wichtigkeit von Bündnissen, von Vernetzung

und Solidarität, um die unheilvolle Entwicklung, in die der Neoliberalismus steuert, zu bremsen. Die Seele des Kapitalismus aber ist das Motto «Jeder gegen jeden», der Individualismus, das Konkurrenzprinzip über alles.

Ulrich Duchrow: Ja, Solidarität und Kapitalismus sind totale Gegensätze. Der Kapitalismus funktioniert überhaupt nur, weil sich die Einzelnen definieren lassen als in Konkurrenz stehende Individuen. In dem Moment, wo Menschen ökonomische und soziale Kooperationsstrukturen schaffen, durchbrechen sie das Grundprinzip des Kapitalismus. Damit verbunden ist für mich – wie bereits erwähnt – die Frage der Institutionen. Ursprünglich waren wir ja der Meinung, wir hätten eine demokratische politische Ordnung. Doch die Wirtschaftskräfte haben die früheren *demokratischen Institutionen* derart *ausgehöhlt*, dass Geld und Korruption auch in Ländern, die früher als besonders ehrenwert galten, ungeschminkt regieren.

Die angestrebte Vernetzung bedeutet darum eine neue Form der Demokratisierung. Ich hoffe, dass insbesondere die Schweizer Bevölkerung mit ihrer grossen alten Tradition der Basisdemokratie sich auf ihre besten Werte besinnt und an der Vernetzung im nationalen, europäischen und globalen Bereich mitwirkt, um überhaupt wieder die Vorbedingungen für eine *Neudemokratisierung* unserer politischen Institutionen zu schaffen.

NW: Was kann ich denn als einzelner Christ oder als einzelne Christin machen, um angesichts der Übermacht all dieser Probleme nicht schon im voraus zu resignieren?

Ulrich Duchrow: Kräftig die Bibel lesen. Innerhalb der Kirche für *Alternativen* im Kleinen und *Verweigerungsstrategien* gegenüber den totalitären Teilen des Systems sorgen. Schliesslich sich so viel als möglich – vor Ort beginnend – an Bündnissen beteiligen und so an der Entwicklung einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen mitwirken.